

## CHINA ZU BEGINN DER 90er JAHRE

Peter Schier

# Deng Xiaopings letzte Entscheidungsschlacht um Chinas Zukunft

## Teil I

### 1. Die Reise Deng Xiaopings in den Süden

Deng Xiaoping, Chinas "Chefkonstrukteur von Reform und Öffnung",<sup>1</sup> entwickelte Anfang dieses Jahres ungewöhnliche Aktivitäten: Mitte Januar 1992 brach der 87jährige in Begleitung von einer Reihe von Familienangehörigen und engsten Vertrauten zu einer Reise in den Süden des Landes auf, die ihn vom 18. Januar bis 21. Februar in die zwei Städte Wuchang und Shanghai und in die zwei Wirtschaftszone Shenzen und Zhuhai führte. Dort absolvierte der offenbar noch recht rüstige Spitzenpolitiker ein umfangreiches Besuchsprogramm und machte in einer Reihe von programmatischen Äußerungen deutlich, daß er weitere marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsreformen und eine größere Öffnung Chinas für Investitionen von Auslandskapital für dringend erforderlich hält, um den Wirtschaftsaufbau, der nach Ansicht der Reformkräfte die alleinige "zentrale Aufgabe" der KPCh darstellt, zu beschleunigen. Gleichzeitig stellte Deng aber auch klar, daß er demokratisch orientierte politische Reformen nach wie vor strikt ablehnt: An den "Vier Grundprinzipien" müsse unbedingt festgehalten werden, die "bürgerliche Liberalisierung" müsse über einen Zeitraum von weit mehr als 20 Jahren bekämpft werden, und das sozialistische System müsse mit Hilfe der "Diktatur des Proletariats" gegen "die vom Imperialismus betriebene friedliche Evolution" verteidigt werden.<sup>2</sup> Damit wiederholte

Deng Xiaoping im Grunde genommen nur die Kernpunkte seines gesellschaftlichen Entwicklungskonzepts, die sich auf einen kurzen Nenner bringen lassen: Weitgehend marktwirtschaftlich orientierte wirtschaftliche Liberalisierung ja, politische Liberalisierung nein.

In der offiziellen Politsprache der KPCh wird das gesellschaftliche Entwicklungskonzept Deng Xiaopings als "die grundlegende Linie der 'einen zentralen Aufgabe und der zwei grundlegenden Rahmenbedingungen'" ('yi ge zhongxin, liang ge jiben dian' de jiben luxian) bezeichnet. Darunter wird konkret folgendes verstanden:

- Wirtschaftliche Entwicklung (jingji jianshe) als "zentrale Aufgabe" der KPCh,
- "Reform und Öffnung" (gaige kai-fang) als wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und Methoden für die wirtschaftliche Entwicklung und
- die "Vier Grundprinzipien" (si xiang jiben yuanze) als innen- und gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung:
  1. Festhalten an der alleinigen Führung durch die KPCh.
  2. Festhalten am sozialistischen Weg.
  3. Festhalten an der Diktatur des Proletariats.
  4. Festhalten am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Zedong-Ideen.

Mit der Politik der "einen zentralen Aufgabe und der zwei grundlegenden Rahmenbedingungen" wird seit dem XIII. Parteitag der KPCh im Oktober 1987 die allgemeine politische Leitlinie der Ära Deng Xiaoping charakterisiert, wobei der Beginn der Ära Deng mit der historischen 3. Plenartagung des XI. ZK der KPCh im Dezember 1978 angesetzt wird. Die Formel der "einen zentralen Aufgabe und der zwei grundlegenden Rahmenbedingungen" wurde zuerst von dem Mitte 1989 gestürzten früheren ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang in seinem Arbeitsbericht für den XIII. Parteitag verwandt. Dort wurde sie qualifiziert als die "grundlegende Linie unserer Partei zum Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung in der Anfangsphase des Sozialismus".

Das Hauptziel der Reise Deng Xiaopings in den Süden und seiner dortigen Ausführungen war offenkundig, das im Herbst 1988 stark gebremste Reformtempo wieder zu beschleunigen und die "linken", d.h. orthodox marxistisch-leninistischen Gegner der marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsreformen in die Schranken zu weisen. Ihnen galt die Schelte Dengs, daß es "links" sei, wenn man behauptete, daß Reform und Öffnung den Kapitalismus in China einführen und entwickeln würden und daß die Hauptgefahr der friedlichen Evolution vom ökonomischen Bereich herrühre.<sup>3</sup>

Der Zeitpunkt und die ungewöhnliche Form der Reformoffensive Deng Xiaopings wurden durch mehrere Faktoren bestimmt:

- 1) Mehrere Anläufe von Deng Xiaoping in den Jahren 1990 und 1991, das im Herbst 1988 gestoppte Wirtschaftsreformprogramm zu reaktivieren, waren am Widerstand seiner Gegner in der Partei- und Regierungszentrale gescheitert (Siehe hierzu ausführlich weiter unten). Nach Ansicht Dengs und seiner engsten Berater bedurfte es offenbar eines Angriffs von außen, um vom pragmatischen und wirtschaftlich boomenden Süden her zu versuchen, die konservativ-orthodoxe Zentrale im Norden zu erobern.
- 2) Wichtige macht- und wirtschaftspolitische Führungsposten in der Zentrale waren seit Herbst 1988 - vor allem jedoch seit der Niederschla-



gung der Protestbewegung Anfang Juni 1989 - in die Hände der Sowjetmodell-Sanieer und der orthodoxen Marxisten-Leninisten gefallen.<sup>4</sup> Unterstützt von einflussreichen orthodoxen Parteiveteranen, wie Chen Yun, Wang Zhen und Li Xiannian, blockierten sie weitere Wirtschaftsreformen und versuchten immer wieder, die Entwicklung der sozialistischen Ideologie - neben der Wirtschaftsentwicklung - zur zweiten "zentralen Aufgabe" der KPCh zu erheben. Besonders einflussreich sind die konservativ-orthodoxen Kräfte in den ZK-Abteilungen für Organisation (zuständig für Personalpolitik; sic!) und Propaganda sowie im Staatsrat. Vor allem die Bereiche Personalpolitik und Ideologie und Propaganda scheinen nahezu völlig von orthodoxen Kräften kontrolliert zu sein. In der Beijinger Zentrale sah Deng daher offenbar keine Möglichkeit mehr, seine Position durchzusetzen.

3) Der XIV. Nationale Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas soll im Herbst 1992 einberufen werden. Wie üblich wird der Parteitag richtungsweisende programmatische Erklärungen verabschieden und richtungsbestimmende Personalentscheidungen treffen. Zur machtpolitischen und programmatischen Absicherung seines politischen Vermächtnisses ist es für Deng Xiaoping von entscheidender Bedeutung, rechtzeitig die programm- und personalpolitischen Weichen für den XIV. Parteitag zu stellen.

4) Das oberste Ziel Deng Xiaopings ist es, zu seinen Lebzeiten die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß China sich zu einer starken und wohlhabenden Weltmacht entwickelt und künftig wieder den Platz als "Reich der Mitte" der Welt einnimmt. Da Dengs Lebensuhr bald abläuft und die gegenwärtigen internationalen Rahmenbedingungen günstig sind, darf nach Ansicht Dengs keine Zeit verloren werden, um dieses Ziel zu erreichen und damit sein Lebenswerk zu krönen. Die innerparteilichen Streitereien darüber, ob sein Reformprogramm sozialistisch oder kapitalistisch sei, hält Deng für reine Zeitverschwendung, die die an der Entwicklung

Chinas interessierten Kräfte daran hindert, sich voll und ganz für Chinas Aufschwung einzusetzen.

5) Spätestens seit Herbst 1989 scheint die Beijinger Parteizentrale den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geistigen Entwicklungen in den Provinzen hinterherzuhinken. Während man sich vor allem in Süchina voll auf die wirtschaftliche Entwicklung konzentriert, verplumpert die nationale politische Führung in Beijing einen Gutteil ihrer Zeit mit offenbar nicht enden wollenden Diskussionen darüber, ob die verschiedenen Reform- und Öffnungsmaßnahmen sozialistischen oder kapitalistischen Charakter haben und ob die Partei neben der wirtschaftlichen Entwicklung nicht auch den Aufbau einer revolutionären Ideologie, das Festhalten an den proletarischen Parteiprinzipien, die Stärkung des Glaubens an den Sozialismus und Kommunismus und das Studium des Marxismus-Leninismus zu ihrer zentralen Aufgabe erheben sollte. Sollte dieser politisch-ideologische Lähmungszustand über den XIV. Parteitag hinaus fortauern, dürfte es zu einer weiteren Entfremdung zwischen dem realen Leben in den Provinzen und der nationalen Parteiführung in Beijing kommen, was mit einem zunehmenden Legitimitätsverlust der KPCh-Führung nicht nur in den Augen der Bevölkerung sondern auch bei den Provinzfürhern einhergehen würde. Den daraus letztlich resultierenden Machtverlust der politischen Zentrale vor allem gegenüber den Provinzen muß auch Deng fürchten, denn seiner Ansicht nach kann China nur mit Hilfe einer starken politischen Zentrale die Rolle einer Weltmacht spielen. Hierfür bedarf es jedoch einer aufgeklärten, entwicklungsorientierten politischen Führung und nicht eines Zirkels ewig Gestriger.

Die Form der politischen Offensive Deng Xiaopings erinnert stark an Mao Zedong, der sich, da er sich in der Parteizentrale nicht mehr durchsetzen konnte, im Oktober 1965 von Beijing nach Shanghai zurückgezogen hatte, um von dort aus die sog. "Kulturrevolution" gegen die "Machthaber auf dem kapitalistischen Weg", wie Liu Shaoqi und Deng Xiaoping, zu entfachen. Deng Xiaoping geht es 1992 hingegen darum, die orthodoxen Marxisten-Le-

nisten und die Sowjetmodell-Sanieer in der Zentrale und auf allen Ebenen darunter zu entmachten und sein Mischkonzept von marktwirtschaftlicher Liberalisierung und politischer Diktatur endgültig als Programm der Kommunistischen Partei Chinas zu verankern.

In den chinesischen Medien wurde erst Ende März 1992 von der Reise Deng Xiaopings in den Süden und seinen dortigen Erklärungen ausführlich berichtet,<sup>5</sup> und zwar nachdem sich das Politbüro des ZK der KPCh auf einer Sitzung vom 9. bis 10. März implizit hinter die Äußerungen Dengs gestellt hatte.<sup>6</sup> Parteiintern waren die redigierten "Hauptpunkte" der Ausführungen Deng Xiaopings als ZK-Rundschreiben Nr. 2/1992 ab 1. März 1992 in Umlauf gebracht worden.<sup>7</sup> Allerdings hatte das ZK-Organ *Volkszeitung* bereits am 21. Februar mit dem Abdruck mehrerer eigener und fremder Kommentare begonnen, die den Inhalt einiger der Äußerungen Dengs im Süden wiedergaben, ohne jedoch auf dessen Autorenschaft hinzuweisen. Bezeichnenderweise berichtete das unter orthodoxer Leitung stehende ZK-Organ jedoch nicht über Dengs Warnung, derzufolge sich China gegenwärtig und auch in Zukunft vor Rechtstendenzen hüten, aber hauptsächlich vor Linkstendenzen, d.h. vor orthodox marxistisch-leninistischen Einflüssen, in acht nehmen müsse.<sup>8</sup>

Weder das ZK-Rundschreiben Nr. 2/1992 noch die Berichte in den Medien enthielten Deng Xiaopings Forderung nach Absetzung von orthodoxen Reformgegnern und die von Deng in diesem Zusammenhang genannten Namen. Auch jene Passagen waren ausgelassen worden, die eine zwar indirekte, aber unzweideutige Kritik an Chen Yun und anderen orthodoxen Parteiveteranen beinhalteten. Dengs kritische Bemerkungen über ZK-Generalsekretär Jiang Zemin und Ministerpräsident Li Peng waren ebenfalls in allen dem Autor zugänglichen Texten ausgelassen worden. Auch hieran wird ersichtlich, daß selbst das ZK-Rundschreiben Nr. 2/1992 die Ausführungen Deng Xiaopings nicht vollständig wiedergibt.

- Nach einem Bericht der Hongkonger Zeitschrift *Jingbao* soll sich Deng Xiaoping während seiner Reise durch den Süden wie folgt über die Gegner seiner Politik geäußert haben:



"Die Zentrale und die Ebenen darunter müssen sich jetzt entscheiden. Jene Leute, die nicht voranschreiten, die sich nicht leidenschaftlich für die Reformen einsetzen und die statt dessen kalte Duschen verteilen, müssen so schnell wie möglich ausgewechselt werden. Man darf jetzt nicht länger warten. Wenn diese Leute nicht abgesetzt werden, dann stellen sie ein großes Hindernis dar, und die Reformpolitik kann nicht vollständig durchgesetzt werden. Wenn Führungskader der Partei nicht die politischen Beschlüsse der Partei durchführen, dann ist es überhaupt nicht in Ordnung, wenn sie auf ihren Posten verbleiben."<sup>9</sup>

- Verschiedenen Berichten in den Hongkonger Medien zufolge benannte Deng Xiaoping u.a. folgende orthodoxe Führungskader, die wegen Reformunwilligkeit entmachtet werden müßten:<sup>10</sup>

\* He Jingzhi, amtierender Kulturminister, stellvertretender Direktor der ZK-Propagandaabteilung, ZK-Mitglied

\* Hu Qiaomu, Mitglied des Ständigen Ausschusses der Zentralen Beraterkommission, stellvertretender Leiter der ZK-Führungsgruppe für Parteigeschichte, nach wie vor einflußreicher Ideologe

\* Deng Liqun, Mitglied der Zentralen Beraterkommission, Leiter der ZK-Führungsgruppe für Kadererziehung, stellvertretender Leiter der ZK-Führungsgruppe für Parteigeschichte, nach wie vor einflußreicher Ideologe

\* Wang Renzhi, Direktor der ZK-Propagandaabteilung, ZK-Mitglied

\* Gao Di, Chefredakteur des ZK-Organs *Volkszeitung*, ZK-Mitglied

Zu Deng Liqun und Hu Qiaomu erklärte Deng, daß diese beiden orthodoxen Ideologen nicht an der Ausarbeitung der Dokumente des XIV. Parteitags teilnehmen dürfen.<sup>11</sup>

- Zur äußerst kritischen Haltung von Chen Yun und einigen anderen Parteiveteranen gegenüber der Errichtung von Wirtschaftssoonderzonen äußerte sich Deng wie folgt:

"Die Errichtung von Wirtschaftssoonderzonen in China ist eine große Sache, doch einige alte Leute kommen nie hierher, um zu sehen, was sich hier getan hat. Statt dessen bleiben sie auf Distanz und kritisieren dies und das. Tatsächlich sind sie nicht qualifiziert, darüber zu urteilen!... Im nachhinein betrachtet, habe ich einen großen Fehler gemacht, daß ich, als es um die Errichtung der vier Wirtschaftssoonderzonen ging, nicht noch Shanghai [als fünfte WSZ] hinzufügte. Aber damals standen wir auch riesigen Hindernissen gegenüber. Einige alte Genossen von sehr hohem Rang innerhalb der Partei waren dagegen. Sie sagten, da Shanghai von großer Bedeutung für die Gesamtsituation des Landes sei, könne es Schwierigkeiten [von nationalem Ausmaß] geben, wenn man nicht vorsichtig vorgehe. Meiner Meinung nach wäre es, gerade weil Shanghai ein Platz von vitaler Bedeutung ist, viel lohnenswerter gewesen, gerade dort das Projekt der Wirtschaftssoonderzonen zu starten. Doch damals habe ich [leider] nicht darauf bestanden."<sup>12</sup>

- Während eines kurzen Aufenthaltes in Wuchang zu Beginn seiner Reise in den Süden soll sich Deng gegenüber dem Parteichef der Provinz Hunan, Guan Guangfu, enttäuscht über ZK-Generalsekretär Jiang Zemin und Ministerpräsident Li Peng geäußert haben.<sup>13</sup> Dengs Kritik am "Formalismus" soll sich auch an die Adresse von Jiang Zemin gerichtet haben. Deng hatte sich darüber beklagt, daß zu viele Versammlungen abgehalten, zu lange Artikel geschrieben und zu lange Reden gehalten würden. Statt dessen solle man mehr praktische Dinge erledigen und weniger reden.<sup>14</sup>

Das ZK-Rundschreiben Nr. 2/1992 enthält - in kurzer inhaltlicher Zusammenfassung - die folgenden Kernaussagen Deng Xiaopings:

- An dem gesellschaftlichen Entwicklungskonzept der "einen zentralen Aufgabe und der zwei grundlegenden Rahmenbedingungen" muß 100 Jahre lang festgehalten werden.

- Bei der Fortsetzung der Reform- und Öffnungspolitik sollten mehr Mut und Risikobereitschaft eingebracht werden.

- Den "Vier kleinen Tigern" Asiens (Hongkong, Taiwan, Singapur und Südkorea) sollte nachgeeifert werden. Dies gilt vor allem für Singapur.

- Die Einrichtung von Wirtschaftssoonderzonen ist richtig.

- Es sollen mehr Unternehmen mit Auslandskapital zugelassen werden.

- Plan und Markt sind beides wirtschaftspolitische Mittel und keine Unterscheidungsmerkmale für Sozialismus und Kapitalismus.

- Eine Reihe von kapitalistischen Dingen, wie z.B. Wertpapiere und Aktienbörsen, können auch innerhalb des sozialistischen Systems Anwendung finden.

- Zur Unterscheidung, ob etwas sozialistisch oder kapitalistisch ist, gibt es drei Kriterien:

1. Dient es der Entwicklung der Produktivkräfte der sozialistischen Gesellschaft?
2. Dient es der Erhöhung der nationalen Stärke des sozialistischen Staates?
3. Dient es der Steigerung des Lebensstandards des Volkes?

- China muß sich vor Rechtstendenzen hüten, hauptsächlich jedoch vor Linksabweichungen in acht nehmen.

- Alle Auslandsstudenten sind zu Hause willkommen - egal, wie sie sich in der Vergangenheit politisch verhalten haben.

- Der Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung muß mehr als 20 Jahre lang geführt werden.

- Das sozialistische System muß auch in Zukunft mit Hilfe der Diktatur des Proletariats verteidigt werden.

- Es ist notwendig, jüngere Führungskader in die Parteispitze aufzunehmen.

- Die Quintessenz des Marxismus ist, die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen.



## 2. Fünf vergebliche Versuche Dengs, die Partei- und Regierungszentrale wieder auf Reformkurs zu bringen

Vor seiner Reise in den Süden zu Beginn dieses Jahres hatte Deng Xiaoping seit 1990 bereits mehrfach versucht, die Partei- und Regierungszentrale wieder auf Reformkurs zu bringen. Nach der wirtschaftspolitischen Kurswende im Herbst 1988<sup>15</sup> war die marktwirtschaftlich orientierte Reform- und Öffnungspolitik zunehmend der planwirtschaftlich orientierten Sanierungspolitik der "Verbesserung des wirtschaftlichen Umfelds und der Ausrichtung der wirtschaftlichen Ordnung" (zhili jingji huanjing, zhengdun jingji zhixu) untergeordnet worden. Dieser Trend verstärkte sich nach dem Sturz von Zhao Ziyang und der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung Anfang Juni 1989 sowie nach den politischen Veränderungen in Osteuropa, als zusätzlich zur Sanierungspolitik auch noch "Stabilität und Einheit" sowie der Kampf gegen die "bürgerliche Liberalisierung" und gegen die "friedliche Evolution" verstärkt beschworen wurden. So sah der "Beschuß des ZK der KPCh über die weitere Sanierung und Ausrichtung der Wirtschaft sowie über die Vertiefung der Reform" vom 9. November 1989 u.a. eine partielle Rückkehr zur zentralen Planwirtschaft und eine Schwächung des Marktes sowie eine Einschränkung der Rolle der privaten und kollektiven Kleinunternehmen vor.<sup>16</sup> Den Reformkräften um den gestürzten Parteichef Zhao Ziyang wurde am 22. Februar 1990 im ZK-Organ *Volkszeitung* vorgehalten: "Ihr Reformprogramm läßt sich in einem Satz zusammenfassen: Umwandlung des sozialistischen Systems in das kapitalistische System".<sup>17</sup> Der eigentliche Adressat dieser Vorwürfe war Deng Xiaoping, der immer die Ansicht vertreten hat, daß Zhao nur Fehler im politisch-ideologischen Bereich begangen, auf dem wirtschaftlichen Sektor hingegen verdienstvolle Arbeit geleistet habe.

In den Provinzen rührte sich jedoch bald Widerstand gegen die Sanierungspolitik der Zentrale und gegen die von konservativen und orthodoxen Kräften vertretene Position, daß die Reformen dem Ziel der wirtschaftlichen Stabilisierung und der politischen Stabilisierung untergeordnet werden müßten. So beklagte der Parteichef der Provinz Heilongjiang, Sun Weiben, Mitte Juli 1990 öffentlich, daß seit 1989

die instabilen Faktoren innerhalb des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens zugenommen hätten und daß sich vor allem die Zahl der Arbeitslosen erhöht habe, was zurückzuführen sei auf die [von der Parteizentrale verordnete] Schließung von [privaten und kollektiven] Betrieben. Außerdem habe man sich zu wenig im Denken befreit und handele viel zu vorsichtig und ohne Mut, wenn es darum ginge, entsprechend des Wertgesetzes zu verfahren [d.h. sich marktorientiert zu verhalten]. Sun Weiben stellte sich eindeutig auf die Seite der marktorientierten Reformkräfte, als er erklärte, daß man im Verhältnis zwischen dem Programm zur Sanierung der Wirtschaft auf der einen Seite und den Wirtschaftsreformen auf der anderen Seite die Vertiefung der Reformen als grundlegenden Weg zur Lösung der Widersprüche in der wirtschaftlichen Entwicklung betrachten müsse. Sun beklagte auch, daß sich gegenwärtig alle Führungskader auf die Sicherung der gesellschaftlichen Stabilität konzentrieren würden, während der wirtschaftlichen Entwicklung kaum Aufmerksamkeit geschenkt werde. Künftig müßten jedoch alle Kräfte auf den wirtschaftlichen Aufbau konzentriert werden.<sup>18</sup>

Vor allem die reichen Provinzen an der Ostküste und im Süden, allen voran Guangdong mit ihren Wirtschafts-sonderzonen, waren nicht bereit, den von der Zentrale verordneten Stop der Wirtschaftsreformen und eine partielle Rückkehr zur zentralen Planwirtschaft zu akzeptieren. Offene Kritik an der Beijinger Wende in der Wirtschaftspolitik übte Guangdong's prominenter Gouverneur Ye Xuanping. Die Interessen der aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke zunehmend einflußreichen Ost- und Südprovinzen an einer uneingeschränkten Fortführung der marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsreformen deckten sich im wesentlichen mit den diesbezüglichen Positionen der konservativen Reformkräfte um Deng Xiaoping. Gestärkt durch den Widerstand der Interessenkoalition der reichen Ost- und Südprovinzen gegen die Politik der orthodoxen Planbefürworter in der Zentrale begann Deng bereits im Sommer 1990 (sic!), sich im informellen Führungskreis wieder für eine Weiterführung der marktorientierten Wirtschaftsreformen einzusetzen.

Mitte August 1990 beklagte sich Deng Xiaoping in einem Gespräch mit ZK-Generalsekretär Jiang Zemin und den

beiden Wirtschaftsplanern Yao Yilin und Gu Mu über Obstruktionsversuche an der Wirtschaftsreformpolitik von seiten orthodoxer Kräfte, darunter "einige alte Genossen". Statt dessen verlangte Deng eine Wiederaufnahme der marktorientierten Wirtschaftsreformen und eine Beschleunigung des Reformtempos.<sup>19</sup> Die damaligen Äußerungen Dengs, der Anfang November 1989 von seinem letzten formellen Führungsamt als Vorsitzender der ZK-Militärkommission zurückgetreten war, fanden jedoch keinen unmittelbaren Niederschlag in den öffentlichen Erklärungen chinesischer Spitzenpolitiker.

Im Zusammenhang mit den intraelitären Auseinandersetzungen über die Ausarbeitung des 8. Fünfjahrplans (1991-1995) und des zehnjährigen Wirtschaftsentwicklungsplans von 1991 bis 1999 versuchte Deng Xiaoping erneut, seinen Reformvorstellungen Geltung zu verschaffen: Am 7. Oktober 1990 traf Deng mit Jiang Zemin, Li Peng, Yang Shangkun, Wan Li, Wang Zhen, Bo Yibo, Song Renqiong und Xi Zhongxun zusammen und gab u.a. folgende "wichtige Weisungen" zur künftigen Reformpolitik:

"Die Politik der Reform und Öffnung hat sich in der Praxis der vergangenen zehn Jahre immer wieder als richtig erwiesen. Reform und Öffnung stellen eine große Revolution im Aufbau unseres Landes seit der Staatsgründung dar... Gegenüber der Politik der Reform und Öffnung darf es kein halberziges Schwanken oder gar eine Revision geben...

Gegenwärtig arbeiten wir gerade den 8. Fünfjahrplan und den wirtschaftlichen Entwicklungsplan für die entscheidendsten zehn Jahre dieses Jahrhunderts aus. Die allgemeine Leitlinie [diese Pläne] muß den Kurs angeben, wie die Entwicklung von Reform und Öffnung beschleunigt und vervollständigt werden soll. Auf jeden Fall müssen Reform und Öffnung 'schneller, besser und effektiver' verwirklicht werden. Auch in den nächsten mehreren -zig Jahren darf von der Politik der Reform und Öffnung nicht abgewichen werden. ...

In der letzten Zeit haben gewisse Abteilungen und Orte unter dem Vorwand der Sanierung und Ausrichtung der Wirtschaft (zhili zhengdun) Reform und Öffnung unterdrückt und [sogar] negiert. Das ist nicht richtig.



Wenn wir die Ausrichtung der Wirtschaftsordnung fordern, dann wollen wir damit jene Probleme lösen, die der Reform- und Öffnungspolitik nicht entsprechen, ihr nicht förderlich sind oder sie sogar behindern. Das Ziel der Ausrichtung der Wirtschaft liegt doch gerade darin, die Reform- und Öffnungspolitik fortzusetzen und sie ständig zu vervollkommen. Reform und Öffnung müssen vertieft und verbreitert werden.

Die Reform der letzten zehn Jahre hat im Bereich des Wirtschaftssystems jene Elemente verändert, die der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte nicht entsprachen, [doch] dies ist nur der erste Schritt zur Befreiung der Produktivkräfte. Man kann nicht behaupten, daß wir [zu] schnell vorgegangen sind, sondern man muß wohl eher feststellen, daß wir nicht schnell genug vorgegangen sind..."<sup>20</sup>

Wiederum gelang es Deng Xiaoping nicht, seine Vorstellungen innerhalb der politischen Führungsspitze durchzusetzen. Die "Vorschläge des ZK der KPCh zur Ausarbeitung des Zehnjahrsplans und des 8. Fünfjahrplans für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung" vom 30. Dezember 1990 enthielten keine der sehr reformorientierten Äußerungen Dengs von Anfang Oktober.<sup>21</sup> Allerdings konnten die Reformkräfte erreichen, daß neben den von den orthodoxen Kräften befürworteten planwirtschaftlich orientierten Sanierungsmethoden auch einige marktwirtschaftlich orientierte Reformmaßnahmen in die "Vorschläge" aufgenommen wurden. Damit entstand wieder einmal eines jener Kompromißdokumente, aus denen jede lokale Meinungs- oder Interessengruppe die Passagen zitieren kann, die sie zur Legitimierung ihrer Politik vor Ort benötigt. Insgesamt blieben die "Vorschläge" jedoch sehr weit hinter den Reformvorstellungen von Mitte der 80er Jahre zurück. Mit der Formel von der "Entfaltung der Funktion des Marktes im Rahmen der staatlichen Planung" konnten die Sowjetmodell-Sanierer die Vogelkäfig-Doktrin des greisen Wirtschaftsplaners Chen Yun in den "Vorschlägen" festschreiben. Sie fordert, daß der Vogel namens Markt sich nur innerhalb des Käfigs der staatlichen Planung bewegen darf.<sup>22</sup>

Einen erneuten Reformanlauf unternahm Deng Xiaoping im Februar 1991, als er sich zum chinesischen Neujahrsfest in Shanghai aufhielt und dort in internem Kreis eine weitere "Befreiung

des Denkens" in Sachen wirtschaftlicher Entwicklung forderte. Mit neuen Reformideen und mit Hilfe der politischen Kräfte des Südens, vor allem aus Shanghai, müsse das "verknöcherte Denken" in Beijing zerschlagen werden. Deng: "Ich möchte einen Feldzug in den Norden unternehmen, um verlorenes Territorium zurückzugewinnen." Deng nannte es einen "Fehler", daß er vor zehn Jahren Shanghai nicht zu einer Wirtschaftszone gemacht habe: "Wenn ich das gemacht hätte, wäre Shanghai ganz anders als heute, und auch das gesamte Land sähe anders aus." Bei einem Treffen mit dem damaligen Shanghaier Partei- und Regierungschef Zhu Rongji verlangte Deng eine Ausweitung der Wirtschaftsreformen. Neue Reformmaßnahmen müßten her, und bei der Suche nach neuen Ideen für die Reform "braucht Ihr keine Angst zu haben, vom Kapitalismus zu lernen". Man müsse, so Deng, sich von jenem alten Denken verabschieden, daß Marktwirtschaft gleich Kapitalismus und zentrale Planwirtschaft gleich Sozialismus seien: "Zentrale Planung und Marktwirtschaft sind lediglich zwei verschiedene Methoden der Ressourcenverteilung."<sup>23</sup> In Form und Inhalt wies die Shanghai-Reise Dengs Anfang 1991 große Ähnlichkeiten mit seiner Südkina-Tour Anfang 1992 auf.

Am 15. Februar, 2. und 22. März 1991 erschienen dann im Organ des Parteikomitees von Shanghai, der Tageszeitung *Befreiung* (Jiefang Ribao), drei Artikel unter dem Autorenpseudonym "Huangfu Ping", in denen u.a. eine weitere "Befreiung des Denkens", mehr Mut zu Reformen, neue Reformideen, ein schnelleres Reformtempo und eine größere außenwirtschaftliche Öffnung gefordert wurden. Verantwortlich für die Veröffentlichung der drei Artikel soll Zhu Rongji gewesen sein, der offenbar wiederum auf Anregung von Deng Xiaoping die Artikel hatte schreiben lassen.<sup>24</sup> Deng soll vor seiner Abreise nach Shanghai erklärt haben, daß "keiner mehr auf mich hört. Wenn das so weiter geht, bleibt mir nichts anderes übrig, als nach Shanghai zu fahren und dort meine Artikel zu veröffentlichen."<sup>25</sup>

Doch auch dieser dritte Versuch Dengs, eine neuerliche Reformoffensive zu entfachen, scheiterte: Die von orthodoxen Kräften kontrollierte ZK-Propagandaabteilung weigerte sich, die Artikel von Huangfu Ping zu den Ausführungen Dengs in Shanghai parteiintern zu verbreiten. Begründung: Sie

repräsentierten nicht die Politik des Zentralkomitees und würden auch nicht nur die Auffassungen von Deng Xiaoping enthalten.<sup>26</sup>

Offenbar um die Shanghaier Führung wieder auf die politische Linie der Sowjetmodell-Sanierer zu bringen, stattete deren Spiritus rector Chen Yun der Hafenstadt im Mai 1991 einen Inspektionsbesuch ab. Am 15. Mai traf er dort mit dem frisch gebackenen stellvertretenden Ministerpräsidenten und früheren Shanghaier Partei- und Regierungschef Zhu Rongji und dessen beiden Nachfolgern Wu Bangguo (Parteisekretär) und Huang Ju (Bürgermeister) zusammen. "Ihr dürft nicht zulassen, daß die Leitlinie Eures Reformprogramms von kapitalistischen Ideen bestimmt ist", ermahnte der 87-jährige Vater der chinesischen zentralen Planwirtschaft seine reformorientierten Gesprächspartner.<sup>27</sup> Darüber hinaus forderte Chen Yun, daß die Erschließung und Öffnung der Wirtschaftsentwicklungszone von Pudong strikt "im Rahmen des sozialistischen Systems" erfolgen und ein "lupenreines sozialistisches Modell" abgeben müsse. Schließlich übte Chen Yun auch indirekt Kritik an Deng Xiaoping, als er erklärte:

- "Bisher haben wir die bei der Reform- und Öffnungspolitik aufgetretenen theoretischen Fragen nicht gut gelöst... Reform und Öffnung sind wichtig, doch eine feste sozialistische Überzeugung ist auch wichtig, und manchmal sogar noch wichtiger."<sup>28</sup>
- "Bisher hat man, wenn man Reform und Öffnung forderte, überhaupt nicht von den sozialistischen Prinzipien gesprochen. Selbst die grundlegenden Dinge des Sozialismus, wie die Planwirtschaft, hat man nicht angesprochen. Was bedeutet Marktwirtschaft? Was ist die westliche Marktwirtschaft eigentlich für eine Sache? Ist man sich darüber im klaren geworden? Ich glaube nicht..."<sup>29</sup>

Shanghais Parteisekretär Wu Bangguo ließ sich von diesen ideologischen Belehrungen nicht beirren. Während ZK-Generalsekretär Jiang Zemin am 1. Juli 1991 in Beijing zum 70. Jahrestag der Gründung der KPCh eine orthodoxe Rede hielt,<sup>30</sup> nahm Wu Bangguo den Gründungstag zum Anlaß, um in einer Rede in Shanghai eine weitere "Befreiung des Denkens" zur "Vertiefung der Reform und Öffnung" zu fordern. Während in der Beijinger Rede von ZK-Generalsekretär Jiang Zemin



von der "Befreiung des Denkens" auch nicht einmal die Rede war, nannte Wu Bangguo diesen Begriff allein zehnmal. Laut Wu ist die "Befreiung des Denkens" eine "neue Aufgabe" im Zusammenhang mit der Reform- und Öffnungspolitik, denn eine "Vertiefung der Reform und eine weitere Öffnung nach außen" seien nur möglich durch eine "weitere Befreiung des Denkens". Ziel der "Befreiung des Denkens" ist, so versicherte der Nachfolger von Zhu Rongji in Shanghai, "die Selbstvervollkommnung und Entwicklung des sozialistischen Systems". Nach Darstellung von Wu Bangguo bedeutet die "Befreiung des Denkens", daß die "Fesseln der [alten] Gewohnheiten und Vorurteile bei der Untersuchung der neuen Lage und bei der Lösung der neuen Probleme unter der Anleitung durch den Marxismus zerschlagen werden müssen". Shanghai müsse sich bei Belebung der großen und mittelgroßen staatlichen Unternehmen und bei der Entwicklung von Pudong "von Konventionen lösen", "neue Dinge mit neuen Methoden in Angriff nehmen" und überhaupt "mutig unseren eigenen Weg der Entwicklung gehen", forderte Wu.<sup>31</sup>

Ende September 1991 startete Deng Xiaoping einen erneuten Versuch, Chinas Wirtschaft wieder eindeutig auf das Reformgleis zu bringen. Auf mehreren informellen Spitzentreffen verlangte Deng, daß die Parteizentrale unbedingt an der Politik der "einen zentralen Aufgabe und der zwei grundlegenden Rahmenbedingungen" festhalten müsse und daß dementsprechend "Reform und Öffnung" verstärkt zu propagieren seien.<sup>32</sup>

Deng Xiaopings Weisung, wieder mehr "Reform und Öffnung" in den Vordergrund zu stellen, scheint auf eine parteiinterne Auseinandersetzung über den Inhalt des Leitartikels der *Volkszeitung* zum 42. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China zurückzugehen. Die ersten beiden Entwürfe des Leitartikels waren unter Leitung von orthodoxen Kräften in der ZK-Propagandaabteilung (Wang Renzhi und Xu Weicheng), dem *Volkszeitung*-Chefredakteur Gao Di und dem Sprecher des Staatsrats, Yuan Mu, entstanden. Beide Entwürfe fanden nicht die Zustimmung von Deng Xiaoping, da sie den Kampf gegen die "friedliche Evolution" und gegen die "bürgerliche Liberalisierung" betonten. Deng beauftragte schließlich den Pragmatiker Li Ruihuan mit der Abfassung des Leitartikels,

der dann auch zu seiner Zufriedenheit ausfiel.<sup>33</sup> Der unpopuläre Kampf gegen die "friedliche Evolution" und gegen die "bürgerliche Liberalisierung" wurde darin gar nicht mehr erwähnt, dafür umso mehr die wirtschaftliche Entwicklung, "Reform und Öffnung" und die "Vier Grundprinzipien".<sup>34</sup>

Gleichzeitig kritisierten ZK-Generalsekretär Jiang Zemin und Staatspräsident Yang Shangkun in internen Reden die ZK-Propagandaabteilung wegen Überbetonung des Kampfes gegen die "friedliche Evolution" und wegen mangelnder Propagierung von "Reform und Öffnung":

- Jiang Zemin erklärte auf einem internen Treffen von führenden Partei- und Regierungskadern, daß es zwar notwendig sei, der Verschwörung des Westens, den Sozialismus durch eine "friedliche Evolution" zu zerstören, große Aufmerksamkeit zu schenken, doch dürfe man auch nicht in extreme Nervosität in dieser Frage verfallen. Unangebracht sei auch die Wiederverwendung von kulturrevolutionären Slogans, wie dies in einigen Artikeln der letzten Zeit geschehen sei. Jiang machte den Verantwortlichen der ZK-Propagandaabteilung den Vorwurf, in letzter Zeit ausschließlich den Kampf gegen die "friedliche Evolution" propagiert zu haben, während die Propagierung der Notwendigkeit von Reform und Öffnung vernachlässigt worden sei. Der Kampf gegen die "friedliche Evolution" müsse nicht jeden Tag propagiert werden. Im übrigen sollte die Aufklärungsarbeit über die "friedliche Evolution" hauptsächlich auf den höheren Ebenen geleistet werden, vor allem unter den Kadern auf Ministerial- und Provinzebene.

- Yang Shangkun bemängelte vor hohen Militärskadern, daß in der letzten Zeit zu wenig "Reform und Öffnung" propagiert worden seien. In einigen Artikeln seien die in den letzten Jahren aufgetretenen gesellschaftlichen Mißstände sogar der Politik von "Reform und Öffnung" angelastet worden, beschwerte sich Yang Shangkun, der ein enger Gefolgsmann von Deng Xiaoping ist. Die Reformen der letzten 10 Jahre dürften auf keinen Fall grundsätzlich negiert werden, verlangte Yang.<sup>35</sup>

Auf den informellen Spitzentreffen Ende September 1991 gab es jedoch keine Annäherung der gegensätzlichen

Standpunkte auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Chen Yun wiederholte seine Position, daß die führende Rolle der Planwirtschaft und des Staatseigentums das grundlegende Prinzip des sozialistischen Wirtschaftssystems darstelle, an dem unbedingt festgehalten werden müsse. Zum Thema Wirtschaftssonderzonen merkte Chen Yun kritisch an, daß die Zentrale und die betreffenden Regionen für die dortigen wirtschaftlichen Erfolge "keinen geringen Preis" zahlen müßten - vor allem die ideologischen Einflüsse dürften nicht unterschätzt werden. Im übrigen, so Chen Yun, befänden sich die Wirtschaftssonderzonen immer noch in einem Versuchsstadium. Es dürften nicht noch mehr Wirtschaftssonderzonen eingerichtet werden, da sonst die gesamte Zentralverwaltungswirtschaft zerstört würde.<sup>36</sup>

In die gleiche Kerbe schlug Wirtschaftsplaner Yao Yilin, der ebenfalls zur Gruppe der Sowjetmodell-Sanierer zu zählen ist: Yao verlangte u.a., daß die Reform- und Öffnungspolitik unbedingt von der marxistischen Theorie angeleitet werden müsse. Der Charakter von Reform und Öffnung müsse sozialistisch sein und nicht "halb sozialistisch und halb kapitalistisch".<sup>37</sup>

Anfang November 1991 kam es innerhalb der Führung zu einer erneuten Auseinandersetzung über die Reformpolitik, und zwar im Vorfeld der 8. Plenartagung des XIII. ZK der KPCh. Am 9. November war Chinas höchster informeller politischer Führungskreis erneut zu einem Spitzentreffen zusammengekommen. Teilnehmer waren Deng Xiaoping, Chen Yun, Yang Shangkun, Jiang Zemin, Li Peng, Peng Zhen, Wan Li, Bo Yibo, Qiao Shi und Song Ping.

Auf dem Spitzentreffen kritisierte Chen Yun, daß sich die vom Westen betriebene "friedliche Evolution" bereits in einigen Gebieten Chinas breitgemacht habe. Dort habe die KPCh ihre Führungsautorität und die Unterstützung durch das Volk verloren, und sie bediene sich dort nur noch der Staatsmaschinerie. Ausländisches Gedankengut sei in diesen Regionen vorherrschend. Als Beispiele nannte Chen Yun die Stadt Wenzhou in Zhejiang, Shantou und Shenzhen in Guangdong, den Küstenstreifen von Guangdong, Xiamen in Fujian und die Insel Hainan - also alles Gebiete mit Wirtschaftssonderzonencharakter. Chen Yun hierzu wörtlich: "Die westliche Ideolo-



gie breitet sich gegenwärtig rasch ins Landesinnere hinein aus. Wenn die Richtung nicht stimmt, dann kann das Steuer nicht gut geführt werden, und dann wird das Schiff weit vom Kurs abgebracht. Wenn man dann erneut wendet, verliert man Zeit und zahlt einen sehr großen Preis, und es ist dann auch schwierig, das Steuer wieder in den Griff zu bekommen.<sup>38</sup> - Mit anderen Worten: Die politische Richtung stimmt nicht mehr.

Dieser Einschätzung wurde von Deng Xiaoping heftig widersprochen: "Ob die Richtung richtig ist oder falsch, entscheidet sich in erster Linie daran, ob die Führung, die die Richtung festlegt, eine fortschrittliche politische Partei ist, die die Wünsche des Volkes repräsentiert, oder ob es eine rückschrittliche politische Partei ist, die den Wünschen des Volkes zuwiderhandelt. Auch jene, die in der Sowjetunion und in Osteuropa regierten, haben sich als Kommunistische Partei bezeichnet. Wieso konnten sie gestürzt werden? Wieso haben selbst jene, die ihren Namen änderten, nichts zustande gebracht? Das Kernproblem besteht eben darin, daß sie ihre Wirtschaft nicht nach oben gebracht haben; und je mehr sie [am politischen System] herumfummelten, desto chaotischer wurde es."<sup>39</sup>

Unterstützung erhielt Deng Xiaoping u.a. von Yang Shangkun, der erklärte: "Wenn man sagt, daß die kapitalistische Ideologie in gewissen Sonderzonen einen Markt hat, dann bedeutet dies, daß unsere frühere Politik der Abschottung nach außen falsch war, denn sie hat dazu geführt, daß das Volk gegenüber dem Sozialismus Zweifel hegt und schwankend ist. Deshalb sollten wir dafür eintreten, konkrete Arbeit zu leisten, d.h., nur wenn es uns gelingt, in relativ kurzer Zeit den Lebensstandard des Volkes zu erhöhen, werden wir das Volk in die Lage versetzen, die Vitalität der sozialistischen Gesellschaft selbst zu erfahren."<sup>40</sup>

Überraschenderweise sprachen sich auch die beiden Revolutionsveteranen Peng Zhen und Bo Yibo für die Ansicht von Deng Xiaoping aus: "Wenn es mit der Wirtschaft nicht gut geht, dann ist alles im argen. Dann hat die Partei kein Ansehen mehr, und mit der politischen Stabilität ist es dahin."<sup>41</sup>

Quasi als Antwort auf die oben zitierte Argumentation der Reformkräfte schrieb Chen Yun vor der 8. Plenar-

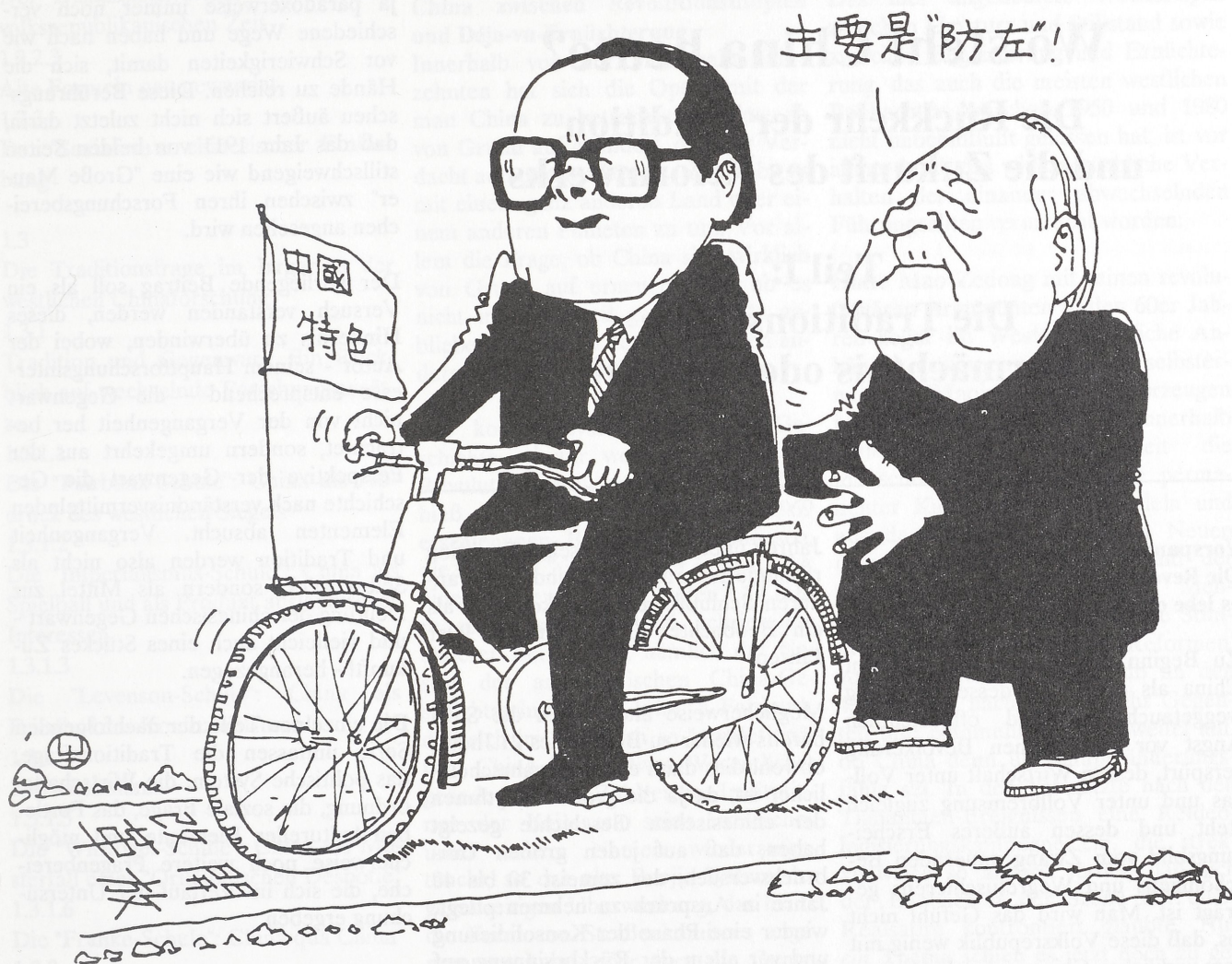
tagung des XIII. ZK einen Brief an das Zentralkomitee und an die von ihm geleitete Zentrale Beraterkommission. Darin erhob er die Forderung, daß "gegenwärtig die wichtigste zentrale Arbeit der Partei darin besteht, den Aufbau einer revolutionären Ideologie zu verstärken, an den proletarischen Parteiprinzipien festzuhalten, den Glauben an den Sozialismus und Kommunismus zu festigen und gewissenhaft ein paar marxistisch-leninistische Werke zu studieren."<sup>42</sup> Damit trat Chen Yun auch und vor allem der von Deng Xiaoping zuletzt Ende September 1991 vertretenen Auffassung entgegen, daß die wirtschaftliche Entwicklung die "zentrale Aufgabe" der KPCh sei. Auf der 8. Plenartagung des ZK, die Ende November 1991 stattfand, kam es offenbar zu keiner Einigung darüber, was die "zentrale Aufgabe" der Partei sein solle. Damit war auch der fünfte Versuch Dengs gescheitert, die Parteiführung auf einen eindeutigen wirtschaftlichen Reformkurs zu bringen.

Von den Debatten Ende September 1991 ist bekannt, daß auch Chen Yun und seine Anhänger die Ansicht teilen, daß wirtschaftliche Entwicklung und ausreichende Versorgung entscheidend sind für den Machterhalt der KPCh.<sup>43</sup> Freilich akzeptieren sie nicht einen Wirtschaftsaufschwung um jeden Preis: Sie wollen an der Priorität der staatlichen Planung gegenüber dem Markt ebenso festhalten wie an der vorherrschenden Stellung des Staatseigentums an Produktionsmitteln. Eine größere wirtschaftliche Öffnung Chinas für Auslandskapital lehnen sie ab, weil sie eine zunehmende Abhängigkeit vom kapitalistischen Ausland und einen zu großen Influx kapitalistischer Elemente befürchten. Unverzichtbar sind für sie auch die Aufrechterhaltung einer "revolutionären" Ideologie und die Erziehung von Bevölkerung und Kadern im Sinne sozialistischer und kommunistischer Werte. Für Deng Xiaoping hingegen scheinen alle diese Kernelemente des traditionellen sozialistischen Systems abgewirtschaftet zu haben. Für Deng hat sich in den historischen Tatsachen und in der chinesischen Praxis die "Wahrheit" erwiesen, daß mit den alten sozialistischen Methoden keine ausreichende wirtschaftliche Entwicklung erreicht werden kann, um China dauerhaft zu einer starken und wohlhabenden Weltmacht zu machen.

#### Anmerkungen:

- 1) RMRB, 31.3.92.
- 2) Rundschreiben des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas Nr. 2/1992, in: Zhengming, April 1992, S. 23-27, hier: S. 26. Dieses Rundschreiben gibt die "wesentlichen Punkte" (yaodian) der Äußerungen von Deng Xiaoping während seiner Reise in den Süden in redigierter Form wieder.
- 3) Rundschreiben des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas Nr. 2/1992, in: Zhengming, April 1992, S. 25.
- 4) Zu den verschiedenen politischen Meinungsgruppen und ihren Positionen siehe meinen Aufsatz "Intraelitäre Gruppen und Konflikte in der Volksrepublik China", in: C.a., Mai 1991, S. 283-296.
- 5) Siehe C.a., März 1992, S. 144-146.
- 6) Siehe ebenda, S. 146-147.
- 7) Vollständiger Text des "Rundschreibens des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas Nr. 2/1992", in: Zhengming, April 1992, S. 23-27.
- 8) Siehe C.a., Februar 1992, S. 66-68.
- 9) Nach Jingbao, März 1992, S. 46.
- 10) Siehe u.a. Jiushi Niandai, April 1992, nach SWB, 28.4.92.
- 11) SCMP, 5.3.92.
- 12) Jingbao, April 1992, nach SWB, 9.4.92.
- 13) AWSJ, 6.4.92; Jiushi Niandai, Mai 1992, S. 21.
- 14) Jiushi Niandai, Mai 1992, S. 36.
- 15) Siehe hierzu u.a. C.a., August 1988, S. 611-612, und C.a., September 1988, S. 677-679.
- 16) Dokument in: RMRB, 17.1.90; deutsche Übersetzung mit Anmerkungen von F.Münzel in: C.a., Februar 1990, S. 143-157. Siehe auch E.Louven, "Chinas Dreijahresprogramm zur 'Konsolidierung' der Wirtschaft", in: C.a., Januar 1990, S. 34-36.
- 17) ZK-Propagandachef Wang Renzhi in: RMRB, 22.2.90.
- 18) Heilongjiang Ribao, 15.7.90, nach SWB, 22.8.90.
- 19) Jingbao, November 1990, S. 40.
- 20) Ebenda, S. 38-39.
- 21) Dokument in: RMRB, 29.1.91. Siehe auch C.a., Februar 1991, S. 65, und C.a., Dezember 1990, S. 916-917.
- 22) Siehe hierzu ausführlich M.Schüller, "Richtlinien für die zukünftige Entwicklung: ZK-Vorschläge zum 8. Fünfjahresplan und zum 10-Jahresprogramm", in: C.a., Februar 1991, S. 82-90.
- 23) SCMP, 4.5., 17.5. und 23.7.91; Jingbao, April 1992, nach SWB, 9.4.92.
- 24) SCMP, 20.5.91; IHT, 24.5.91; Jingbao, Mai 1991, S. 25-27, und Juni 1991, S. 24-25.
- 25) Jingbao, Mai 1991, S. 25.
- 26) Jingbao, Juni 1991, S. 25.
- 27) SCMP, 20.5.91.
- 28) Jingbao, Juni 1991, S. 25.
- 29) Ebenda, S. 26.
- 30) Siehe C.a., Juli 1991, S. 419-420.
- 31) Jiefang Ribao, 30.6.91, in: SWB, 22.7.91.
- 32) Mingbao, Hongkong, 8.10.91, nach SWB, 10.10.91.
- 33) Zhengming, November 1991, S. 10.
- 34) RMRB, 1.10.1991.
- 35) Mingbao, Hongkong, 8.10.91, nach SWB, 10.10.91.
- 36) Zhengming, November 1991, S. 15.
- 37) Ebenda, S. 17.
- 38) Zhengming, Dezember 1991, S. 6.
- 39) Ebenda, S. 7.
- 40) Ebenda.
- 41) Ebenda.
- 42) Zhengming, März 1992, S. 10.
- 43) Siehe C.a., Oktober 1991, S. 628.





"Du mußt Dich vor allem davor hüten, nach links abzuweichen",  
rät Deng Xiaoping dem ZK-Generalsekretär Jiang Zemin,  
der auf einem Fahrrad "chinesischer Machart" den "Reform- und Öffnungsweg" befährt.  
Karikatur aus Mingbao, Mai 1992, S. 15